

WDRliche Rotfunk- Propaganda



Foto: Twitter / IB Deutschland (<https://twitter.com/IBDeutschland/status/1213787023074682629>)

5.1.2020: »Identitäre« besetzen das WDR-Funkhaus in der Nähe des Kölner Domplatzes

Nicht nur Aktivisten der Identitären Bewegung finden den WDR widerlich, sondern auch hunderttausende Beitragszahler. Mit der Oma als »Umweltsau« hat die Hetze im öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen neuen Tiefpunkt erreicht – diesmal für alle sichtbar!

Unter dem Motto »Wir retten die Demokratie« verfolgen die Medien seit Jahrzehnten eine beispiellos heuchlerische, volksfeindliche Strategie, die ihrem Gründungsauftrag voll entspricht.

Das offene Wort

Giftspritzen für Kinderseelen

Wer meint, mit dem vor Wochen kurzen Protest-Aufschrei über die WDR-Umweltsau-Omas wäre es nun genug mit der Aufregung, hat die Dimension der Giftspritzen noch nicht erkannt, mit der von linken Ideologen die Gemeinschaft von Jung und Alt und der Zusammenhalt der Generationen planmäßig zerstört werden soll:

»Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad, Motorrad, Motorrad. Das sind 1000 Liter Super jeden Monat – meine Oma ist ´ne alte Umweltsau.

Meine Oma sagt, Motorradfahren ist voll cool, echt voll cool, echt voll cool. Sie benutzt das Ding im Altersheim als Rollstuhl – meine Oma ist ´ne alte Umweltsau.

Meine Oma fährt im SUV beim Arzt vor, beim Arzt vor, beim Arzt vor. Sie überfährt dabei zwei Opas mit Rollator – meine Oma ist ´ne alte Umweltsau.

Meine Oma brät sich jeden Tag ein Kotelett, ein Kotelett, ein Kotelett, weil Discounterfleisch so gut wie gar nichts kostet – meine Oma ist ´ne alte Umweltsau.

Meine Oma fliegt nicht mehr, sie ist geläutert, geläutert, geläutert. Stattdessen macht sie jetzt zehnmal im Jahr ´ne Kreuzfahrt – meine Oma ist doch keine Umweltsau.«

Die liebe Oma, die vorliest, die zuhört, die einem was beibringt – das darf nicht mehr sein, damit man schon die Kinder in den Griff bekommt, folgert daraus

Ihre Sabine Möller

WDRlicher Schmutzkanal

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, der *Westdeutsche Rundfunk* ist keinen Deut schlechter als die anderen acht Landesrundfunkanstalten des öffentlichen Rechts: *BR, hr, mdr, NDR, Radio Bremen, rbb, SR, SWR, Deutsche Welle* und *Deutschlandradio* – nicht zu vergessen das *ZDF* und die »Privaten«. Letztere pressen uns zwar keine Zwangsgebühren ab, aber neben seichter Unterhaltung wissen sie genau, welche Botschaften sie transportieren müssen, um bei den Herrschenden am Tisch sitzen zu dürfen.

Ohne den historischen Hintergrund zu kennen, ist das Verhalten deutscher Journalisten und deren Auftraggeber nicht zu verstehen. Bereits am 22.9.1945 ging unter der britischen »Schirmherrschaft« von *Hugh Green* der *Nordwestdeutsche Rundfunk* ans Netz.

Am 5.6.1950 wurde aus den Landesrundfunkanstalten die *ARD* gegründet, mit dem gleichen Auftrag und der gleichen Zielsetzung wie der *NWDR*, um aus den »verdammten Nazis« endlich gute Demokraten nach anglo-amerikanischem Muster zu machen.

Lief bisher ja auch alles prächtig! In mehr oder weniger kleinen Dosen erfuhren die Deutschen, daß sie an allen Übeln der Welt schuld seien, mehr noch, sie seien das Übel selbst.

Auch gut, dachte der ein oder andere, dann ist es eben so. Wenn ihr mir meinen Frieden laßt, ich Arbeit, Essen und Wohnung habe, ist es mir eigentlich wurscht, was andere von mir denken.

Diese Einstellung ihrer Zuschauer und Zuhörer machte »unser« Medienschaffenden immer übermütiger. Man glaubte, nach 75 Jahren permanenter Umerziehungs-Berieselung die Dosis

weiter erhöhen zu können und der Öffentlichkeit die »Oma« als »Umweltsau« oder »Nazisau« zumuten zu können.

Da hatten die Verantwortlichen allerdings die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Gab es bisher schon Hunderttausende, die in stiller Wut über die GEZ-Zwangsabgaben und die Manipulationen der Medien die Faust in der Tasche ballten, waren es weitere Zehntausende, die ihre Empörung in den sozialen Medien, in Leserbriefen oder direkt an den *WDR* formulierten.

Viele »kreative« Anregungen, der GEZ und damit den Rundfunkanstalten seinen »Unmut« kundzutun, finden sich im Internet.

Eine aktuelle *Civey*-Umfrage zeigt: 44 Prozent der Befragten würden keinen Cent an Rundfunkgebühr zahlen, wenn sie frei entscheiden könnten, 40 Prozent halten die Öffentlich-Rechtlichen für nicht oder wenig glaubwürdig.

Bei aller berechtigten Empörung über den »Oma-Skandal« – vielleicht hatte er auch etwas Gutes und es war der berühmte Tropfen »Hetze« diesmal zu viel.

Hoffen wir mal, daß der Michel wieder ein Stück mehr aufgewacht ist!

ZUM NACHDENKEN:

»Das Fernsehen ist einer der schlimmsten Faktoren für den Verfall von hergebrachten, abendländischen, sittlichen Traditionen. Da gibt es gar keinen Zweifel.«

Alt-Bundeskanzler *Helmut Schmidt* in *Hörzu*, 16.4.2000

Rotfunk – Grünfunk – Staatsfunk

Während früher mit »Rotfunk« schwerpunktmäßig der WDR und Radio Bremen gemeint waren, kann man heute getrost alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter diesen Begriffen zusammenfassen.

Das Video über die Oma als »Umweltsau« war nur die Spitze des Eisberges.

Der Agitprop-Sender WDR hat ein neues Haßobjekt ausgemacht: den deutschen Handball. Dieser ist den öffentlich-rechtlichen Volksfeinden zu deutsch und zu weiß.

In einer am 13.1.2020 ausgestrahlten zwölfminütigen Doku mit dem Titel »Handball in Deutschland: Weiß und deutsch wird zum Problem« wird festgestellt, daß es in der Nationalmannschaft »nur blonde Köpfe, wenig schwarze Köpfe« gebe. **Der WDR betreibt hier Rassismus in Reinkultur!**

Nachschauen im Internet:
www.bit.ly/UN-220-21

Da will auch die *Deutsche Welle* nicht nachstehen. Dort darf die Sportsoziologin *Carmen Borggrefe* ihre »wissenschaftlichen Erkenntnisse« kundtun: »Handballvereine wirken sehr traditionell, sehr geschlossen – auch in ihrer Bildsprache. Wir sehen nur blonde Haare auf den Bildern.« Damit werde Handball zu einer »deutschen Sportart«. Nachdem die Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft unter ihren Erwartungen blieb, liegt die Zukunft dieser Sportart sicher in »schwarzen Köpfen«!?

Aber nicht nur der WDR weiß was Hetze ist. Unter Federführung der Nachrichtensendung »Panorama« (NDR) wurde 2018 unter dem Titel »STRG_F« ein gemischter Chor inszeniert, der mit Inbrunst singt, was von der Polizei und unserem Staat zu halten ist – alles natürlich unter dem Deckmantel der »Satire«.

Zielgruppe dieses Projekts sind die 14- bis 19-jährigen. Auszüge: »F* die Cops, sie sind Bullenschweine [...] fünf von zehn Polizisten Hurensöhne [...] Scheißbullen, fahrt ruhig weiter euren Rinderwahn [...] ich f* diesen Drecksstaat [...] f* die Polizei, f* den Kommissar«

Nachschauen im Internet:
www.bit.ly/UN-220-22

Zugegeben, harter Tobak, aber es geht auch subtiler. So zum Beispiel bei der Berichterstattung über die Brände in Australien.

»Ganz Australien« brennt

Da wird nicht plump gelogen, da wird fein dosiert der »menschgemachte Klimawandel« mit den Buschbränden verwoben. Damit auch der letzte Zweifler endlich versteht, daß der Weltuntergang unmittelbar bevorsteht, brennt in der deutschen Berichterstattung »ganz Australien«. So schlimm diese Brände auch für die Menschen und die Tierwelt sind, es brannten maximal 1,2 Prozent der 7,7 Millionen australischen Quadratkilometer – also nicht »ganz Australien«.

Die Liste ließe sich unendlich fortsetzen, unterliegt aber immer dem gleichen Muster: Durch Verschweigen, Halbwahrheiten und Lügen werden die Öffentlich-Rechtlichen ihrem Auftrag gerecht, die Bevölkerung gezielt ideologisch zu »betreuen« und jegliche von der Staatsräson abweichende Meinung bereits im Keim zu ersticken. Journalisten, Moderatoren und alle Verantwortlichen in den Medien wissen, auch ohne daß Frau Merkel morgens anruft, was von ihnen erwartet wird.

Diesen Sumpf trockenzulegen bedarf es der Anstrengung von uns allen.

»Am heutigen Sonntag besetzten identitäre Aktivisten das WDR-Funkhaus in Köln in der Nähe des Domplatzes. Wir protestieren damit gegen die jüngsten Auswüchse der ideologisch motivierten Hetze des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der rechtschaffene Bürger verhöhnt und die Generationen gegeneinander aufzuhetzen versucht. Das vielkritisierte „Umweltsau“-Video löste eine breite Empörungswelle aus, ist aber eigentlich nur die Spitze eines gigantischen Eisbergs von Propagandabeiträgen der von Zwangsgebühren gefütterten Staatsmedien.

Die zu Neutralität und ausgewogener Information verpflichteten öffentlich-rechtlichen Medien haben längst ihre kritische Distanz zur Regierungsmacht aufgegeben und betreiben stattdessen ideologische Indoktrination und Bevormundung der Bürger. Der berechtigten Wut von Millionen Beitragszahlern über diese skandalöse Entwicklung durch eine spektakuläre Aktion Ausdruck zu verleihen, war unser Anliegen.

Dazu erklimmen wir eine der wichtigsten Schaltzentralen des Westdeutschen Rundfunks, hißten ein Großbanner mit der Aufschrift „WDRliche Medienhetze stoppen. GEZ sabotieren!“ und ließen hunderte Flugblätter vom Dach herunterregnen, mit konkreten widerständigen Handlungsoptionen gegen das Eintreiben der Zwangsgebühr des „Beitrags-services“.

Wir werden nicht aufhören, Widerstand gegen die besorgniserregende Entwicklung unseres Landes hin zu einer totalitären Meinungsdictatur zu leisten ...«

Identitäre Bewegung,
Pressemeldung vom 5.1.2020

Eine abwegige »Reise zur Wahrheit«

»Reise zur Wahrheit« – unter diesem Motto hielt der »Holocaust-Überlebende« *Moshe Peter Loth* Vorträge über sein Leben – nur mit der Wahrheit nahm er es nicht so genau.

Aber nicht seine Vorträge machten ihn berühmt, schließlich ist er nicht der Einzige, der vor Schülern und einem interessierten Publikum solche Vorträge hält, nein, den Ausschlag gab eine zu Herzen gehende Szene: Er umarmte den 93-jährigen ehemaligen KZ-Wachmann *Bruno D.*, dem in Hamburg gerade der Prozeß wegen Beihilfe zum Mord im Lager Stutthof bei Danzig gemacht wird – und vergab ihm.

Die rührende Szene ging zwar um die Welt und alle Zeitungen waren ob der Versöhnung gerührt, aber der gute *Moshe* war nie in Stutthof, auch nicht als Baby.

Dennoch hatte er sich, extra angereist aus Florida, der Klage als Nebenkläger angeschlossen.

DER SPIEGEL, der Herrn *Loth* enttarnte und die Enthüllungsgeschichte hinter der Bezahlschranke versteckt, vermutet, daß *Moshe* »offenbar einem Irrtum« unterliegt.

Der »Irrtum« wird allerdings deftig ausgeschmückt. Mutter, Tante und Großmutter seien im KZ gewesen und die Oma sei in einer Gaskammer ermordet worden. Für diese legte er 2001 in Yad Vashem ein Gedenkblatt an.

Aber die Familienverhältnisse waren viel verzwickter, als es auf dem ersten Blick scheint. Der Großvater war angeblich ein »überzeugter Nazi« gewesen, der seine jüdische Frau und die beiden Töchter verraten habe, um erneut heiraten zu können. Frau und Töchter sollen

ins KZ Stutthof gekommen sein. Seine Mutter *Helene Loth* sei dann wegen ihrer Schwangerschaft in eine psychiatrische Klinik verlegt worden, in der er zur Welt gekommen sei. Anschließend seien beide wieder ins KZ Stutthof verbracht worden, wo er eine Häftlingsnummer eintätowiert bekommen habe.

1945 habe seine Mutter ihm einer Polin übergeben, später sei er in Waisenhäusern untergebracht und von sowjetischen Soldaten mißbraucht worden.

Klingt für heutige Verhältnisse alles sehr überzeugend – entspricht aber nicht der Wahrheit!

Der Großvater *Otto Loth* stammte aus der Nähe von Danzig und war Stellmachermeister. Ihn und die Familie verschlug es zwischen den beiden Weltkriegen nach Dortmund, wo die Mutter von *Moshe Peter Loth* geboren wurde. Wie aus den Unterlagen der Standesämter hervorgeht, war die Familie evangelisch. Der Großvater kehrte nach einigen Jahren mit seiner Familie wieder in die Nähe von Danzig zurück und führte dort einen kleinen Handwerksbetrieb.

Moshes Onkel *Gustav Loth* ging 1941 zur Waffen-SS – schwerlich möglich mit einem »jüdischen Hintergrund«.

Die Großmutter, angeblich in einem KZ vergast, starb 1943 in Fürstenwerder.

Wie bei allen Legenden gibt es auch hier einen wahren Kern:

Am 1.3.1943 wurde die Mutter von *Peter Oswald Loth*, so sein richtiger Name – und nix mit *Moshe* – als Reichsdeutsche in das Konzentrationslager Stutthof verbracht. Wahrscheinlicher Grund: eine »Erziehungshaft« wegen fehlender Arbeitsmoral, oder ähnlichem »arbeitsunlustigem« Verhalten. Bereits nach

einem Monat, am 1.4.1943, wurde sie – im vierten Monat schwanger – entlassen.

Peter Oswald Loth wurde am 2.9.1943 in Tiegenhof geboren.

Nach eigener Schilderung, wurden an ihm in der dortigen »psychiatrischen Klinik« Experimente durchgeführt. Es ist sogar unseren Historikern unbekannt, daß in dem Krankenhaus von Tiegenhof bei Danzig »Experimente« durchgeführt wurden.

Über eine zweite Inhaftierung seiner Mutter in Stutthof existieren keine Unterlagen.

Nach einigen Umwegen gelangten *Loth* und seine Mutter in die USA, wo diese einen »schwarzen GI« [Originalwortlaut im *SPIEGEL*-Artikel] heiratete. Auch dort soll die Verfolgung weitergegangen sein, diesmal durch den Ku-Klux-Klan.

Nach dem Tod seiner Mutter im Jahr 1999, mit der er anscheinend jahrelang keinen Kontakt hatte, erfuhr er von deren Inhaftierung in Stutthof und schlußfolgerte, daß seine Mutter Jüdin gewesen sein müsse. Aufgrund dieser Schlußfolgerung nahm er den jüdischen Glauben an, nannte sich fortan *Moshe Peter Loth* und tingelte unter dem Motto »Reise zur Wahrheit« von Vortrag zu Vortrag.

Nach der Veröffentlichung seiner Geschichte im *SPIEGEL* gab er zu, daß der Tod seiner Großmutter in einer Gaskammer ein Irrtum gewesen sei, den er auch gegenüber der Gedenkstätte Yad Vashem richtigstellen werde, wie sein Anwalt mitteilte.

Am 13.1.2020, zwei Monate nach der herzergreifenden Umarmungs- und Verzeihungsszene beim Hamburger Landgericht, zog *Loth* seine Nebenklage-Zulassung zurück.

Europa soll schwarz werden

Europäisches Parlament

2014-2019



ANGENOMMENE TEXTE

P8_TA(2019)0239

Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. März 2019 zu den Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa (2018/2899(RSP))

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union (EUV), insbesondere auf den zweiten Bezugsvermerk und die Bezugsvermerke 4 bis 7 der Präambel, Artikel 2, Artikel 3 Absatz 3 Unterabsatz 2 und Artikel 6,
- gestützt auf die Artikel 10 und 19 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),
- unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
- unter Hinweis auf die Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft¹,
- unter Hinweis auf die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in

Von großen Teilen der Öffentlichkeit weitestgehend unbemerkt, hat das EU-Parlament im letzten Jahr mit einer Entschließung zu den »Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa« umfangreiche Sonderrechte für afrikanische Einwanderer beschlossen.

Hand in Hand damit wird einer Masseneinwanderung aus Afrika Tür und Tor geöffnet.

- So sollen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, daß Migranten, Flüchtlinge und Asylwerber auf sicheren und legalen Wegen in Europa einreisen können.
- Afrikaner sollen verstärkt in Fernsehsendungen und anderen Medien gezeigt werden.
- Ein Quotensystem für ethnische und rassische Minderheiten am Erwerbsleben soll festgelegt werden.
- Da Afrikaner angeblich auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden, soll der Staat dafür

Sorge tragen, daß diese nicht länger in »räumlicher Absonderung in einkommensschwachen Gebieten mit schlechter Qualität und engen Wohnverhältnissen« leben müssen.

- Es sollen Arbeitsgruppen gegen »Afrophobie« eingerichtet und linke NGOs finanziell von den Regierungen unterstützt werden.
- Wer sich mit dieser Umerziehung nicht abfinden will, soll als sogenannter »Haßverbrecher« von den Behörden erfaßt, untersucht, verfolgt und bestraft werden.
- Polizei und Geheimdiensten soll es verboten sein, bei der Strafverfolgung, der Terrorismusbekämpfung und der Einwanderungskontrolle Täterprofile zu erstellen, die auf eine dunkle Hautfarbe hinweisen.

Eine der Wurzeln dieser fast unglaublichen Entschließung ist der UN-Migrationspakt, vor dem an dieser Stelle schon des öfteren

gewarnt wurde und der erfreulicherweise von Österreich und einigen anderen mitteleuropäischen Staaten nicht unterschrieben wurde.

Nach dem zitierten Entschließungsantrag sollen Afrikaner in unbegrenzter Zahl kontrolliert und planmäßig nach Europa transportiert und illegale Einwanderung legalisiert werden.

Zwischen Migranten, Flüchtlingen und Asylwerbern wird überhaupt nicht mehr unterschieden.

Eine Obergrenze für die Einwanderung ist nicht vorgesehen

Die Neuankömmlinge sind von der einheimischen Bevölkerung, die überhaupt nicht gefragt wird, zu alimentieren und am Arbeits- und Wohnungsmarkt zu bevorzugen.

Ebenfalls soll es eine Präferenz in den Medien und der Kultur generell geben, wobei dies mit der seltsamen Behauptung, daß »Menschen afrikanischer Abstammung im Laufe der Geschichte erheblich zum Aufbau der europäischen Gesellschaft beigetragen haben« begründet wird.

Bedauerlicherweise wird vielfach das, was in nebulösen Hirnen erdacht wird, auch Realität, weil die gutmenschlich geprägte Gesellschaft überhaupt nicht mehr in der Lage ist, zwischen dumm und gescheit, gut und böse, vernünftig und unvernünftig zu unterscheiden.

Wie die Schlafwandler taumeln gewisse Politiker und sogenannte Wissenschaftler und leider auch völlig verirrte religiöse Institutionen in eine Welt hinein, die Europa und unsere engere Heimat zerstört.

Widerstand auf allen Ebenen ist angesagt.

Dr. Norbert van Handel

KRITIKER SIND »HASSVERBRECHER«

»Monate der schwarzen Geschichte«

Dies ist nur eine der Forderungen der Europäischen Union unter dem Titel: »Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung Entschließung des Europäischen Parlaments vom 26. März 2019 zu den Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa«.

Damit Sie Entscheidungen in der deutschen Politik nachvollziehen und den Zweck des einseitigen Trommelfeuers in den Medien erkennen können, müssen Sie nur nachfolgende »Anweisungen« lesen, die wir hier aus Platzgründen nur auszugsweise wiedergeben.

Den kompletten Inhalt finden interessierte Leser im Internet:
www.bit.ly/UN-220-6

»Das Europäische Parlament [...]

- vertritt die Auffassung, daß die aktive und sinnvolle soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Beteiligung von Menschen afrikanischer Abstammung von entscheidender Bedeutung ist, wenn es darum geht, das Phänomen der Afrophobie zu bekämpfen und die Inklusion dieser Menschen in Europa zu gewährleisten [...]

- fordert die EU-Organe und die Mitgliedstaaten auf, die Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung [...] in Europa offiziell anzuerkennen und ihr zu gedenken, indem sie den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels auf europäischer und nationaler Ebene offiziell anerkennen und sogenannte »Monate der schwarzen Geschichte« einführen [...]

- fordert die EU-Organe und die Mitgliedstaaten auf, sich um eine systematische Bekämpfung der ethnischen Diskriminierung und Haßverbrechen zu bemühen [...]

- ist der Ansicht, daß die Datenerhebung zu Diskriminierung



Titelseite der UN 10/2018

aufgrund der ethnischen Herkunft und zu Haßverbrechen nur für den ausschließlichen Zweck erfolgen sollte, um im Einklang mit den einschlägigen nationalen Rechtsrahmen und den Datenschutzvorschriften der EU die Wurzeln fremdenfeindlicher und diskriminierender Reden und Handlungen zu ermitteln und diese zu bekämpfen [...]

- fordert die Mitgliedstaaten auf, nationale Strategien zur Bekämpfung von Rassismus zu entwickeln, die sich mit der vergleichenden Situation von Menschen afrikanischer Abstammung in Bereichen wie Bildung, Wohnen, Gesundheit, Beschäftigung, Polizeiarbeit, Sozialdienste, Justiz sowie politische Teilhabe und Vertretung befassen und mit denen die Teilhabe von Menschen afrikanischer Abstammung in Fernsehsendungen und anderen Medien gefördert wird, damit ihrer fehlenden Repräsentanz sowie dem Mangel an Vorbildern für Kinder afrikanischer Abstammung angemessen entgegen gewirkt wird [...]

- fordert die Kommission auf, in ihren laufenden Finanzierungsprogrammen und in den

Programmen für den nächsten Mehrjahreszeitraum den Fokus auch auf Menschen afrikanischer Abstammung zu legen [...]

- fordert die Mitgliedstaaten auf, die Erstellung von Profilen auf der Grundlage der Rasse oder der ethnischen Zugehörigkeit in allen Formen der Strafverfolgung, der Terrorismusbekämpfung und der Einwanderungskontrolle zu beenden und die Praktiken der unrechtmäßigen Diskriminierung und Gewalt offiziell anzuerkennen und zu bekämpfen, indem in den Behörden Anti-Rassismus-Schulungen sowie Schulungen zur Beseitigung von Vorurteilen abgehalten werden [...]

- fordert die Mitgliedstaaten auf, die rassistisch begründete Voreingenommenheit in ihren Strafrechts-, Bildungs- und Sozialsystemen zu überwachen und proaktive Maßnahmen zu ergreifen, um für einen gleichen Zugang zur Justiz zu sorgen und die Beziehungen zwischen den Strafverfolgungsbehörden und Minderheitengemeinschaften zu verbessern, den gleichberechtigten Zugang zur Bildung sicherzustellen [...]

- legt den Mitgliedstaaten nahe, die Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung in die Lehrpläne aufzunehmen und eine umfassende Sicht auf die Themen Kolonialismus und Sklaverei zu bieten [...] und dafür zu sorgen, daß das Lehrpersonal für diese Aufgabe angemessen ausgebildet und ausgestattet ist, um der Vielfalt im Klassenraum zu begegnen [...]

- fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtsvorschriften und Verfahren dafür zu sorgen, daß Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber auf sicherem und legalem Wege in die EU einreisen können [...]

»Nord Stream 2«: Die USA erklären Deutschland den Wirtschaftskrieg



Foto: SamuelBailey (sam.bailey@gmail.com)/commons.wikimedia.org/wiki/File:Nordstream.png/CC BY 3.0

Repräsentantenhaus und Senat der Vereinigten Staaten sowie deren Präsident haben Sanktionen gegen die Firmen und Personen beschlossen, die am Bau der Erdgasleitung durch die Ostsee, »Nord Stream 2«, beteiligt sind. Sie haben ihnen angedroht, sie aus dem Finanzsystem auszuschließen, sie mit Einreiseverboten und Auftragsboykotten zu bestrafen und ihre Konten zu pfänden, wenn sie nicht sofort mit dem Bau aufhörten. Das haben diese dann auch getan.

Sanktionen gegen die Firmen sind aber auch ein Schlag gegen die beiden Nationen, welche als Lieferant und Abnehmer der Gasleitung deren eigentliche Erbauer und Betreiber waren: Rußland und Deutschland. Immerhin sollte die Gasversorgung den durch den überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und Kohle in Deutschland entstehenden Energienotstand ausgleichen, sollte sie wieder Energiesicherheit für eine der größten Exportnationen der Welt bringen

Dies zu verhindern war einer der Gründe, weshalb die USA nicht

nur den Abbruch der Bauarbeiten erzwangen, sondern überhaupt die Gasleitung auf Dauer verhindern wollen:

- Sie wollen die Belieferung mit billigem russischem Gas verhindern, um ihr schmutziges und um 30 Prozent teureres Fracking-Gas in Deutschland und Europa loszuwerden.
- Sie wollen auch verhindern, daß Rußland mit den Gaseinnahmen seine Wirtschaft stärkt.
- Dazu wollen sie, daß russische Gaslieferungen weiter mit ukrainischen und polnischen Durchleitungsgebühren und Schikanen belastet und deshalb für den Empfänger Deutschland unsicher bleiben.
- Und schließlich wollen sie dem Exportkonkurrenten Deutschland die bisher jetzt schon höchsten Energiekosten weiter in die Höhe treiben, um ihn wettbewerbsunfähig zu machen.

Man würde erwarten, daß nun die deutsche Regierung laut protestiert und Gegenmaßnahmen ankündigt, z.B. den Abzug der amerikanischen Soldaten und Atomraketen aus Deutschland

»Nord Stream 2«

»Nord Stream 2« ist nach »Nord Stream 1« die zweite Unterwasser-Gasleitung, die russisches Gas über die Ostsee nach Deutschland transportieren wird.

Beide Leitungen verlaufen fast parallel.

»Nord Stream 1« wurde 2012 fertiggestellt – »Nord Stream 2« sollte 2020 fertiggestellt werden.

Nachdem die schweizerische Firma *Allseas* aus Angst vor Strafen der USA ihre Spezialschiffe abzog, soll mit den russischen Schiffen »Akademik Cherskiy« und »Fortuna« die Pipeline bis Frühjahr 2021 fertiggestellt werden.

Kosten: etwa 8 Milliarden Euro.
Kapazität: 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr.

Gegner des Projektes: die USA und u.a. die Ukraine und Polen, bei denen das Erpressungspotenzial (Leitungen laufen nicht mehr durch ihre Länder) wegfällt.

United States Senate
WASHINGTON, DC 20510

December 18, 2019

Edward Heerema
Chief Executive Officer, Allseas Group
Route de Pra de Plan 18, Case Postale 411
1618 Châtel-Saint-Denis
Switzerland

Dear Mr. Heerema,

This week, President Trump will sign into law the National Defense Authorization Act (NDAA) for Fiscal Year 2020. Section 7503 of that Act mandates that the President impose broad sanctions on foreign persons or companies involved in providing vessels for the installation of deep-sea pipeline for the Nord Stream 2 project. As of his signature, those activities are instantaneously subject to the full force of those sanctions.

This letter is to put you, your employees, your company, and your shareholders on formal legal notice. This legislation was passed specifically to immediately halt your company's work on Nord Stream 2. The only responsible course of action is for Allseas Group S.A. and its employees to stop Nord Stream 2 activities immediately.

We understand that Russia is paying Allseas a very substantial amount of money to complete the Nord Stream 2 pipeline. However, the consequences of your company continuing to do the work—

Drohbrief des US-Senats an die am »Nord-Stream-2«-Projekt beteiligte Firma *Allseas Group*

oder das deutsche Gold zurückfordert oder einen Friedensvertrag verlangt, um den Status eines Protektorats zu beenden oder Gegensanktionen gegen die USA verhängt oder, oder, oder ...

Doch nichts geschah. Schon bei der Spionageaffäre hat sich herausgestellt, daß die USA nicht nur Deutschland flächendeckend – insbesondere die Technologie der deutschen Industrie – ausspionieren, sondern sogar Merkels Handy. Die einzige Reaktion war:

»Turkstream«

»Turkstream« ist eine Gasleitung, die von Rußland durch das Schwarze Meer in den Westen der Türkei verläuft. Am 8.1.2020 wurde der erste Abschnitt eröffnet.

Die Fertigstellung eines zweiten Abschnittes, der eine der vier Röhren von der Türkei aus durch Bulgarien, Serbien, Ungarn und die Slowakei nach Westeuropa weiterführen soll, ist für 2020 vorgesehen. Allerdings ist auch dieses Projekt, ebenso wie »Nord Stream 2«, von den US-Sanktionen betroffen.

»*Unter Verbündeten tut man so was nicht*«. Reaktion also: Nichts.

Offenbar will sich also die Bundesregierung kommentarlos den Sanktionen unterwerfen, dulden, daß 9,7 Milliarden Euro Produktionskosten für die Gasleitung umsonst waren und vor dem Wall-Street-Diktat zu Kreuze kriechen.

Selbstbestimmung sieht anders aus!

Der US-amerikanische Botschafter *Richard Grenell* sagte und *Wolfgang Schäuble* bestätigte: Deutschland sei nicht souverän, sondern unterworfen. Wir werden also von den USA als Provinz betrachtet, in denen sie militärische Aktivitäten, ihre Spionagetätigkeit, ihre Herrschaft über die von ihnen abhängigen Politiker und ihre wirtschaftlichen Interessen ungehindert zu Lasten der deutschen Bevölkerung durchsetzen können. Und das 75 Jahre nach dem Krieg – wo nach Völkerrecht spätestens nach 70 Jahren alle Kriegsfolgen erledigt sein sollen.

Bleibt die *Merkel*-Regierung gegenüber dem Wirtschaftsdiktat der USA in Sachen »Nord Stream 2« weiter untätig, würde sie vor der ganzen Welt ihre Un-

tertänigkeit gegenüber den USA für die Zukunft dokumentieren.

Die Bundesregierung betont immer, wir seien ein selbstbestimmtes und freies Volk. Tatsächlich aber sind die Fakten anders:

- Über 75 Prozent unserer DAX-Firmen gehören eigentlich dem Ausland, vor allem den USA.
- Die USA haben eine Totalspionage in Deutschland aufgebaut, die alle Gespräche abhört, alle technischen Fakten und Unterlagen der Unternehmen abgreift und an die Konkurrenzfirmen in den USA übermittelt, sogar die Bürgermeinungen kontrolliert.
- Die Bundesregierung erhält nach Aussage ihres Botschafters regelmäßige Weisungen aus den USA, denen sie zu folgen hat und die sie befolgt.

● Die US-Truppen in Deutschland (40.000) sind exterritorial, unterstehen nicht deutschem Recht, sind also Besatzung. Und die deutschen Truppen unterstehen der von den USA beherrschten NATO nicht für unsere Sicherheit, sondern für außenpolitische Zwecke der USA.

● US-Kapital beherrscht die deutschen Printmedien und manipuliert die öffentliche Meinung (*Soros*).

● Die USA beherrschen über den Dollar auch den Euro und haben uns trotz interner Sparsamkeit die größte Schuldenblase der Geschichte (255 Billionen Dollar) aufgezwungen, also mit allen anderen Satellitenländern konkursreif gemacht.

Würde also die Bundesregierung protestieren oder gar Gegenmaßnahmen durchführen, wäre sie gegenüber den Sanktionsmöglichkeiten der USA auf verlorenem Posten.

Erkenntnis daraus: Wir sind nicht Herr, sondern Knecht, sind nicht souverän, sondern ein Protektorat der USA und haben zu gehorchen – selbst zu unserem eigenen Schaden.

Prof. Dr. Eberhard Hamer

Kurzmeldungen aus Absurdistan



»Sprung auf, Marsch, Marsch!« wird verschoben

Nicht nur Frau AKK, die Verteidigungsministerin, auch andere in der Berliner Käseglocke fabulieren von Bundeswehreinmärschen in Libyen, Syrien und anderswo in Afrika, weil Deutschland eine besondere Verantwortung für den Frieden und die Sicherheit in der Welt habe.

Für die Sicherheit ihrer Bundeswehrsoldaten zu sorgen, ist bei solch hohen Zielen offenbar zweitrangig.

Wie die Medien am 23.12.2019 meldeten, fehlen den vorgesehenen Einsatzkräften neue Stahlhelmsysteme, also Helme mit Sprechsatz und Gehörschutz. Die Lieferung würde sich »um ein weiteres Jahr« verzögern. In einem Geheimpapier der Bundeswehr heißt es, das »führe zu immer größeren Einschränkungen im Einsatz und beim Ausbildungsbetrieb«.

Alle, die solche Auslandseinsätze deutscher Soldaten ablehnen, können also wohl beruhigt sein. »Sprung auf, Marsch, Marsch!« muß wohl verschoben werden.

Ist der Klimanotstand doch kein Notstand?

Der Begriff »Klimanotstand« verfolgt uns täglich von früh bis spät. Unzählige Städte haben ihn schon ausgerufen, und nun scheint er doch nur eine Propagandafloskel zu sein: Auf eine Anfrage räumte die Bundesregierung ein, der Begriff diene »vor allem der weiteren

Bekräftigung und ist aus diesem Grund nicht mit im Grundgesetz verankerten Notstandsbegriffen in Verbindung zu bringen«.

Die »Fridays«-Kinder und -Jugendlichen werden also nicht nur von dem in der UN 1/2020 entlarvten globalen Netzwerk gesteuert, sondern auch von der Bundesregierung instrumentalisiert, um die Zustimmung zu ihrer verhängnisvollen Ausstiegs-Politik zu »bekräftigen«!



3,46 Millionen Euro für MdB-Dienstreisen

Reisen bildet! Vielleicht haben unsere Bundestagsabgeordneten es nötig. Im Jahr 2019 haben sie laut Pressemeldung vom 27.12.2019 mindestens 3,46 Millionen Euro für Dienstreisen ausgegeben. Bis Mitte Dezember wurden danach 445 Reisen verbucht. (2017: 426 Reisen, Kosten 1,97 Mio. Euro, 2018: 651 Reisen, Kosten 2,73 Mio. Euro).

»Fachkräfte« für die Sozialsysteme

Politik und Medien verschweigen oder verharmlosen beharrlich das Ausmaß der Einwanderung von Ausländern in die deutschen Sozialsysteme. Die Wirklichkeit sieht anders aus:

Nach Recherchen der *Osnabrücker Zeitung* hätten sich die Hartz-IV-Ansprüche von Ausländern seit 2007 fast verdoppelt und lägen jetzt bei 12,9 Milliarden Euro im Jahr.

Die Gesamtsumme der Hartz-IV-Regelleistungen lag im Zeitraum vom September 2018 bis August 2019 bei 34,9 Milliarden Euro. Die

Anzahl der Bezieher mit deutschem Paß wird mit 3,4 Millionen angegeben, die Zahl der Empfänger mit ausländischem Paß mit 2,0 Millionen.

Wie bei Statistiken üblich, werden damit die wahren Anteile verschleiert, da viele der Bezieher »mit Migrationshintergrund« inzwischen einen »deutschen« Paß besitzen.



Krankenkassen-Defizit

Trotz Rekorderneinnahmen dürften die noch bestehenden Reserven der einzelnen Krankenkassen im Laufe dieses Jahres aufgebraucht sein, so daß ab 2021 mit deutlich höheren Beiträgen gerechnet werden muß. Als maßgebliche Defizit-Gründe werden »neue Gesetze« wie Terminservicegesetz oder Pflegepersonalstärkungsgesetz angegeben.

Doch das scheint nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte wird der Öffentlichkeit gerne verschwiegen: Es ist der »Mitgliederrekord«, denn jeder Flüchtling, der keine Arbeitsstelle hat, wandert nach spätestens 15 Monaten vom Asylbewerberleistungssystem in die Hartz-IV-Versorgung.

Damit werden er und seine Familie (!) automatisch Mitglieder einer gesetzlichen Krankenversicherung zu einem Monatsbeitrag von gerade einmal 97 Euro, der aus dem Bundeshaushalt entrichtet wird.

Sie erhalten nur ein UN-Heft?
Und was weiß Ihr Nachbar?
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5
oder 10 Hefte monatlich!

Die »deutschen« Messerstecher

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, *Herbert Reul* (CDU), hat die neueste »Messerstecher-Statistik« vorgestellt.

In NRW seien 2019 insgesamt 6.827 Fälle registriert worden, davon 2.645 von Tätern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, teilte er der Presse mit, und »messerscharf« analysierte er: *»Der typische Messerangreifer ist männlich, erwachsen und deutsch. Wir haben aber auch knapp 40 Prozent ausländische Tatverdächtige. Also: Der größere Teil des Problems war schon immer hier, aber ein nicht unbeachtlicher Teil ist auch importiert. [...] Ich glaube, daß wir es mit einer Verrohung unserer Gesellschaft zu tun haben. Früher flogen maximal die Fäuste, heute wird gleich das Messer gezückt. Außerdem stellen wir fest, daß sich immer mehr Jugendliche rein vorsorglich bewaffnen – weil sie Angst haben, selbst angegrif-*



Foto: Maarten Van Damme/Hickr/CC BY 2.0

fen zu werden. Das ist aber saugefährlich, weil dadurch Situationen viel schneller eskalieren.«

Die Rechtsanwälte im Land werden Herrn *Reul* für seine Ausführungen dankbar sein – er hat ihnen ihre Plädoyers vorformuliert: *»Die migrantischen Schneeflockchen haben sich aus Angst und zum Selbstschutz mit Messern bewaffnet – Freispruch Euer Ehren!«*

»Schonungslos offen«, so lobte *Rainer Wendt*, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), die Messer-Attacken-Bilanz aus Nordrhein-Westfalen.

Ihn beunruhige aber der *»hohe Anteil an Nichtdeutschen und Zuwanderern«*, so der Polizeigewerkschafter weiter.

Wendt zeigte sich allerdings nicht überrascht von den knapp 40 Prozent Tatverdächtigen ohne deutschen Paß: *»Wir haben immer gesagt, daß manche Gruppen überrepräsentiert sind: Meistens Männer unter 25 Jahren, sehr häufig Nichtdeutsche und zu einem hohen Anteil Menschen, die hier angeblich um Schutz und Hilfe gebeten haben.«*

Eine »schonungslos offene« Statistik bekämen wir allerdings nur, wenn jetzt noch die »deutschen« Messermänner nach ihrer Herkunft aufgeschlüsselt würden. Glaube nie einer Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!

Aber, worüber regen wir uns eigentlich auf? Wenn wir weiter so kräftig einbürgern, haben wir bald 100 Prozent Deutsche in den Kriminalstatistiken und die Welt ist wieder in Ordnung!

Liebe Leser, ganz privat:

»Ich ärgere mich täglich schwarz, ich kann die einseitigen Fernsehberichte und die politischen bla-bla-Talkshows bald nicht mehr ertragen!«

So etwas hören und lesen wir fast täglich von vielen unserer UN-Leser. Was aber kann man tun, wie kann man protestieren?

Es kursieren viele Vorschläge, wie man den öffentlich-rechtlichen Zwangsgebührenanstalten seinen Unmut demonstrieren kann.

Nachdem höchststrichterlich entschieden wurde, daß man die Zahlung der GEZ-Gebühren nicht verweigern darf, auch wenn man weder Fernsehen noch Radio hat oder nutzt, wird u.a. vorgeschlagen

- die Einzugsermächtigung zu widerrufen und die Gebühren nur nach einer Zahlungsaufforderung zu überweisen

- vorher aber eine Mahnung abzuwarten
- bei jeder eingehenden Rechnung einige Cent oder Euros zuviel oder zu wenig zu überweisen und Ähnliches.

Wenn Hunderttausende das tun würden, brähe das Buchhaltungssystem der Sender zusammen.

Wir sind da nicht sicher: Zur Zeit kassieren die Sender jährlich rund acht Milliarden Euro an Gebühren, alle Neben- und Werbeeinnahmen nicht mitgezählt. Müßten für das Rechnungswesen dann zahlreiche Leute zusätzlich eingestellt werden, wäre das ein willkommener Anlaß, bei der zuständigen Gebührenkommission eine notwendige Gebührenerhöhung zu begründen.

Was bei den Sendern wirklich zählt, ist die Einschaltquote. Da bleibt einem wohl nur der rote AUS-Schalter.

Ihre UN-Mitarbeiter

»Klimaleugner« klingt wie »Holocaustleugner«



Hexenverbrennung im Mittelalter (zeitgenössische Darstellung)

Allein die Formulierung »Klimaleugner« ist schon ein Irrsinn in sich. Kein Mensch leugnet das Klima – aber mit dieser Formulierung läßt sich so schön Stimmung machen.

Der Ehrenvorsitzende des »Solarenergie Förderverein Deutschland e.V.«, *Wolf von Fabek*, geht jetzt noch einen Schritt weiter. Er stellt auf der Internetseite des Vereins fest: »Die Klimakatastrophe gefährdet insbeson-

dere die Jugend« und fragt: »Ist eine Verharmlosung des Klimawandels durch die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit gedeckt?«

Pfiffig fährt er fort, um an das gewollte Resultat zu kommen: »Braucht die Jugend eine gesetzliche Bestimmung zum Schutz vor dem Klimawandel?«

Die Frage beantwortet er sich selbst: Wir müßten ein »Gesetz

zum Schutz der Jugend vor Klimaveränderungen« haben. Und da hat der adelige *Wolf von Fabek* auch schon eine Formulierung parat, er schreibt:

»Es könnte in etwa folgenden Wortlaut haben: Wer mit der Absicht, die Abwehr des Klimawandels zu schwächen, wissentlich falsche Informationen verbreitet, wird mit einer Geldstrafe belegt. Im Wiederholungsfall ist die Strafe Haft.«

Um die genaue Bemessung der Strafe geht es ihm hier noch nicht, sondern nur um das Prinzip: Strafbarkeit oder nicht.

Wir sehen daran, daß nach oben hin noch alle Möglichkeiten offen sind, auch Umerziehungs- und Straflager oder Scheiterhaufen – letztere würden den grauen bundesrepublikanischen Alltag wortwörtlich aufhellen. Das dabei freigesetzte CO₂ ist zu vernachlässigen, da es einer guten Sache dient.

Unser Vorschlag: Ergänzt doch den Paragraphen 130 StGB um die »Klimaleugner«, da auch diese den öffentlichen Frieden stören – kommt auch nicht mehr drauf an.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
 Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber)

Name des Kreditinstituts

BIC (SWIFT)

IBAN

Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.

Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
 halbjährlich zweimonatlich
 vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

Datum, Unterschrift

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

Satire darf alles – ohne Ausrufezeichen



Die Satire-Partei hatte im November 2019 anlässlich einer Demonstration von »Rechten« in der Nähe des Bielefelder Hauptbahnhofs sieben Plakate mit den Slogans: »Hier könnte ein Nazi hängen« und »Nazis töten« an Masten befestigt.

Polizisten entfernten diese Plakate in der Annahme, daß diese strafrechtliche Relevanz hätten – aber weit gefehlt. Die Staatsanwaltschaft in Bielefeld sieht das ganz entspannt, da es sich um Satire handle und hinter dem Spruch »Nazis töten« kein Ausrufezeichen gesetzt wurde, also auch keine Aufforderung damit verbunden sei. Der Anwalt der »Partei« ergänzt: »Der entschei-

dende Unterschied ist der Punkt auf dem Plakat. Einer Aufforderung folgt ein Ausrufezeichen.« Der Slogan werde durch den Punkt am Satzende eindeutig zum Aussagesatz. Daß Nazis getötet haben, sei historisch unstrittig. Daß dies auch für die Gegenwart gelte, zeigten die NSU-Morde oder die Ermordung Lübckes, so der Anwalt.

Die Plakate wurden der »Partei« zur weiteren Verwendung wieder ausgehändigt.

Also: Alles Satire und ohne Ausrufezeichen ist es keine Aufforderung zur Lynchjustiz! Ob sich die Justiz auch in anderen Fällen an die Feinheiten der deutschen Sprache erinnert?

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen.
Für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,55 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/